



14. September 2009

## **Presseinformation**

# **Expertenempfehlung an die Landesregierung: Brandenburg kann von mehr Nachhaltigkeit profi- tieren**

---

**Potsdam – Brandenburg soll das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung zum Maßstab seiner Politik machen und dazu eine Nachhaltigkeitsstrategie erarbeiten. Dieses Resümee zieht der Nachhaltigkeitsbeirat zum Abschluss seiner Berufungsperiode. Der heute verabschiedete Endbericht enthält dafür bereits wesentliche Elemente. Er analysiert in Bereichen wie Klimaschutz, Energie, Bildung, Mobilität, Forsten, biologische Vielfalt und Wasser die Situation und gibt Empfehlungen für die stärkere Ausrichtung dieser Politikfelder am Prinzip der Nachhaltigkeit. „Mit Hilfe einer Nachhaltigkeitsstrategie soll sich Brandenburg zu einer Modellregion im Globalen Wandel entwickeln“, wünscht sich Prof. Stock, Vorsitzender des Beirats und Leiter des Bereichs Regionalforschung am Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung. Das Land könne daraus in vielerlei Hinsicht großen Nutzen ziehen, um sich langfristig zukunftsfähig zu entwickeln.**

In seinen fachübergreifenden Empfehlungen für eine Nachhaltigkeitsstrategie schlägt der Beirat eine bessere politische Verankerung des Themas in der Landesregierung vor. „Nachhaltige Politik ist ein ständiger Prozess und mehr als Fachpolitik unter anderem Vorzeichen; die Ressorts müssen ihre Politik konsequent in diesen Zusammenhang stellen und darüber Rechenschaft ablegen. Dabei ist die Ausübung der Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten von besonderer Bedeutung“, konstatiert Prof. Kreibich, Vorstandsmitglied des Beirates und Leiter des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in Berlin. Zusammen mit dem Landtag sollte ein Verfahren zur Nachhaltigkeitsprüfung entwickelt werden, mit dem alle wichtigen Vorhaben im Vorhinein bewertet werden, um politische Entscheidungen „zukunftssicherer“ zu machen.

Der zweite Teil des Endberichts widmet sich einzelnen Politikfeldern. Dabei wird die bisherige Arbeit der Landesregierung zwiespältig bewertet. „Brandenburg hat Beachtliches bei der Nutzung regenerativer Energien geleistet und ist beim Klimaschutz auf einem guten Weg. Ein grundsätzlicher Wandel steht aber z. B. im Umgang mit Wasser an. Um die Ziele der europäischen Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen und darüber hinaus die Folgen des - Brandenburg voraussichtlich stark treffenden - Klimawandels zu meistern, sei ein intensiver Sach- und Fachdialog über Sektoren und Akteursgruppen hinweg notwendig. Häufig fehle ein konsequent gebietsbezogener Ansatz, der alle wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen berücksichtigt.

Biologische Vielfalt und naturgemäße Landnutzung sind weitere Themen, die gerade für Brandenburg eine besondere Rolle spielen. Der Beirat stellt fest, dass sich trotz laufender Schutzmaßnahmen die Situation der Schutzgüter kontinuierlich verschlechtert hat und sieht Anzeichen dafür, dass sich dieser Trend sogar noch verschärfen wird, wenn nicht politisch gegengesteuert wird. Im Zentrum seiner Empfehlungen hierzu steht der Vorschlag, eine landesweite Strategie für den Schutz der biologischen Vielfalt Brandenburgs zu erarbeiten, in die Land- und Forstwirtschaft einbezogen werden müssten.

Beispielhaft für die vom Beirat geforderte langfristige Weichenstellung ist weiterhin die Verkehrsentwicklung. Statt sich auf die Infrastrukturbereitstellung und -erhaltung zu konzentrieren, sollten die konkreten Mobilitätsbedürfnisse (Erreichung des Arbeitsplatzes, Arztbesuch, Lebensmitteleinkauf, soziale Kontakte, usw.) im Mittelpunkt stehen. Diese werden sich angesichts der demographischen Entwicklung künftig stark verändern. „Hier aber fehlt es schlicht an Wissen. Neben einer nachhaltigen Verbesserung des öffentlichen Verkehrs muss auch ein verändertes Mobilitätsverständnis zum Ausgangspunkt eines zukünftigen Verkehrsentwicklungskonzeptes werden.“

Ein anderes Kapitel des Endberichts befasst sich damit, durch Bildung solche gesellschaftlichen Bedingungen zu schaffen, wie sie für eine zukunftsfähige Entwicklung gebraucht werden. Dazu ist nicht zuletzt ein umfassender Bewusstseinswandel, angefangen von Innovationen in Wissenschaft und Technik über das zivilgesellschaftliche Engagement bis hin zum Alltagshandeln vonnöten. Nach Ansicht des Beirates sind in Brandenburg das dafür notwendige Wissen sowie Ansätze in Wissenschaft, Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und dem sozialen Bereich vorhanden. Diese müssten jedoch mit größerer Unterstützung durch das Land weiterentwickelt und forciert ausgebaut werden. Der Entwurf des Aktionsplanes zur Ausgestaltung der laufenden „UN-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung“, den die Ressorts Umwelt und Bildung zusammen mit wichtigen Bildungsträgern aufgestellt haben, sei dafür ein Schritt in die richtige Richtung.

Aufgabe des Beirates ist es, die Landesregierung in Nachhaltigkeitsfragen zu beraten und die dazu notwendige Kommunikation zwischen Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung zu fördern. Das beim Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz angesiedelte Gremium, dem 25 Experten unterschiedlichster Fachdisziplinen angehören, wurde im März 2007 eingerichtet. Seine Berufungsperiode geht mit der Wahlperiode zu Ende.

Nähere Informationen zum Beirat:

[www.nachhaltigkeitsbeirat.brandenburg.de](http://www.nachhaltigkeitsbeirat.brandenburg.de). (hier auch die Besetzung)

Für Fragen steht Ihnen die Geschäftsstelle des Beirates zur Verfügung:

Email: [Geschaeftsstelle.NHB@mluv.brandenburg.de](mailto:Geschaeftsstelle.NHB@mluv.brandenburg.de)

Ansprechpartner: Dr. Martin Pohlmann

Tel. 0049 (0)331 866-7923

Fax 0049 (0)331 27548-7923

Albert-Einstein-Straße 42-46,

Postfach 60 11 50, D-14473 Potsdam